

EUROPOL

"Befriedigende Bilanz"

Europol-Direktor Jürgen Storbeck über die Bekämpfung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität in der Europäischen Union.

Sie haben Europol aufgebaut; was waren die herausragenden Ereignisse bisher?

Storbeck: Es gibt zunächst politische Ereignisse, insbesondere die Erweiterung der Zuständigkeit von Europol auf verschiedenste Bereiche der Kriminalität oder die augenblickliche große EU-Erweiterung. Beide Aspekte haben Europol erheblich anwachsen lassen. Vor einigen Jahren haben 100 Leute bei Europol gearbeitet, jetzt sind es bereits 500. Und es gibt operative Ereignisse, die durch Situationen wie den 11. September entstanden sind. Nach den Terroranschlägen ist innerhalb kürzester Zeit eine international besetzte Task Force mit mehr als 30 Leuten eingerichtet worden.

Was hat die Antiterror-Task Force bisher geleistet?

Storbeck: Die Arbeitsgruppe hat zunächst die Mechanismen für eine wirkliche internationale Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung geschaffen. Bis jetzt war die internationale Terrorismusbekämpfung sehr stark national ausgerichtet. Man hat jetzt einen gemeinsamen Ansatz geschaffen. Die Task Force hat seit dem 11. September ständig Bedrohungsanalysen erstellt, die auch konkrete Hinweise auf Schwachstellen für die europäischen Staaten geben. Diese Gruppe erstellt zusammen mit unseren Analytikern Großanalysen zur konkreten Unterstützung der Ermittlungen in den Mitgliedstaaten. Derzeit werden mehrere Verfahren von uns betreut, die in Mitgliedstaaten gegen islamischen Terrorismus geführt werden. Wir verarbeiten eine riesige Datenflut. Allein in einem Ermittlungsverfahren wurden 20 Gigabyte an Daten geliefert; Informationen in mehr als 20 Sprachen. Das kann keine normale nationale Dienststelle mehr bewältigen. Unsere Analytiker sind mit moderner Hard- und Software dazu imstande. Wir können konkrete Hinweise geben, auf welche Personen man sich konzentrieren muss, wie man das Beweismaterial verbessert bis hin zu der Tatsache, dass wir durch unsere darstellende Verknüpfung eigenes Beweismaterial für die nationalen Ermittlungen liefern.

Wo liegen die Schwachstellen in der Terrorismusbekämpfung?

Storbeck: Da Terrorbekämpfung trotz allem noch sehr stark politisch begrenzt ist, gibt es immer noch einen Einzelansatz statt eines gemeinsamen Ansatzes. Das beginnt in einigen Staaten und setzt sich auf internationaler Ebene fort, dass Nachrichtendienste nicht ohne weiteres mit Polizeidiensten zusammenarbeiten können – aus rechtlichen, teilweise aus verfassungsrechtlichen Gründen wie in Deutschland durch das Verbot der direkten Zusammenarbeit zwischen Bundesnachrichtendienst und Polizei. Wir machen also nicht optimalen Gebrauch von den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen: aktueller Information, Man-Power und Wissen. Zweitens gibt es Probleme, die in der Mentalität liegen. Information ist Macht; die eigene Information weiterzugeben, macht oft Schwierigkeiten. Das ist eine Mentalitätsfrage, eine Frage der Kultur. Das können wir uns heutzutage nicht mehr erlauben. Wir haben es beim Terrorismus erstmals mit einer globalen Bedrohung zu tun.

Früher haben wir uns nur mit dem nationalen Terrorismus beschäftigt, in Deutschland etwa mit der Roten Armee Fraktion.

Es gab zwar eine gewisse internationale Zusammenarbeit zwischen Terrorgruppen, etwa zwischen der RAF und der italienischen Brigade Rosse, manchmal sogar über den Kontinent hinweg nach Palästina. Jetzt haben wir eine wirkliche globale Bedrohung, hier muss man auch global denken: Beim islamischen Terrorismus erfolgt etwa die Rekrutierung in Europa, das Training in Afghanistan und der Einsatz in den USA. Das ist neu, da müssen wir lernen. Es gibt auch bei der Finanzierung eine Verquickung zwischen Terrorismus und international agierenden Geschäftsleuten. Das sind Probleme, die wir gegenwärtig bei der Terrorismusbekämpfung haben. Dazu kommen neue Phänomene wie Attacken durch neue biochemische Waffen oder durch Suicidebomber. Auf diese Phänomene stellt sich die Polizeiarbeit national und international erst langsam ein.

Europol hat mit den USA einen Kooperationsvertrag abgeschlossen und in Washington ein Verbindungsbüro eingerichtet. Ist der Informationsfluss eine Einbahnstraße in Richtung USA?

Storbeck: Die Zusammenarbeit mit den USA hat sich monatlich verbessert, im beiderseitigen Sinn. In den USA gibt es eine Vielzahl nationaler Dienststellen. Mit einigen Organisationen und bei der Bekämpfung einiger Kriminalitätsfelder funktioniert die Zusammenarbeit wesentlich besser, etwa bei der Bekämpfung der Falschgeld-, Rauschgift- und Schleuserkriminalität und des Menschenhandels. Im Bereich des Terrorismus ist die Kooperation noch etwas schwächer. Aber wir haben auch von den USA in den letzten beiden Jahren ungeheures Datenmaterial bekommen.

Im neuen US-Heimatschutzministerium sind viele Strafverfolgungsorganisationen unter einem gemeinsamen Dach. Hat sich dadurch die Zusammenarbeit verbessert?

Storbeck: Wir sehen erste Folgen einer Verbesserung. Ich habe mit dem Leiter des Department of Homeland-Security, Tom Ridge, darüber gesprochen. Er hat von einem längeren Prozess gesprochen. Man könne nicht einfach rund 200.000 Leute aus einer Vielzahl von Organisationen zusammenbringen und erwarten, dass es innerhalb von ein paar Monaten funktioniert. Und wenn es intern noch nicht so läuft, wie es laufen sollte, dann hat man natürlich auch Probleme nach außen hin. Es verbessert sich, wir spüren das langsam und wir haben da sehr viel Optimismus für die Zukunft.

Zum Jahreswechsel sind Briefbomben an EU-Einrichtungen geschickt worden, auch an Sie. Gibt es hier eine neue Dimension des Protestes gegen ein vereintes Europa?

Storbeck: Das ist eine Angelegenheit, die uns sehr viele Sorgen bereitet. Hier bilden sich neue Allianzen. Aus dem Potenzial der gewaltbereiten Globalisierungsgegner bilden sich offenbar neue Gruppen, die noch gewalttätiger werden. Damit verbunden ist auch ein Wiederaufleben von anarchistischen Gruppierungen. Und die scheinen sich möglicherweise auch mit den alten Linksterroristen der Brigade Rosse zu verbinden.

Wie schnell können Europol und die Polizeien in den einzelnen Ländern auf dieses neue Phänomen reagieren?

Storbeck: Wir haben sehr schnell darauf reagiert. Die Briefbomben kamen direkt vor und nach Weihnachten. Am 7. Jänner hat schon die erste Sitzung in Rom stattgefunden. Wir haben einerseits die Ermittlungen sofort eingeleitet und andererseits unsere Prioritäten und

strategischen Programme, Konzepte geändert. Unser Augenmerk richtet sich nicht nur auf den islamischen Terrorismus oder die ETA und IRA, sondern auch auf ein Wiederaufleben von anarchistisch-terroristischen Gruppierungen.

Welche Rolle werden ethnisch geschlossene kriminelle Organisationen nach der Erweiterung in der Europäischen Union spielen?

Storbeck: Hier gibt es eine interessante Entwicklung. Vor einigen Jahren hatten wir im Wesentlichen ethnische kriminelle Gruppierungen. Wir erleben inzwischen eine sehr starke multiethnische Ausrichtung. Beispielsweise haben sich türkische kriminelle Gruppierungen zu Albanern oder zu Gruppen in der EU geöffnet. Es gibt Organisationen, die ad hoc andere kriminelle Gruppierungen einsetzen. Das Problem sind albanische und einige andere Gruppierungen aus der Balkanregion, die noch immer sehr streng ethnisch ausgerichtet sind und die aufgrund der Disziplinierung nach innen und der Aggressivität und Brutalität nach außen eine starke Bedrohung darstellen.

Welche Bedeutung spielen österreichische Kriminelle im europäischen Umfeld?

Storbeck: Das ist eigentlich eine interessante Frage. Möglicherweise sind österreichische Kriminelle sehr clever, dass man sie nicht so einfach erkennt. Dass Österreicher in vielen Bereichen, etwa im Rauschgiftgeschäft mitmischen, ist klar, aber es gibt aus europäischer Sicht keine typische österreichische kriminelle Organisation, die europaweit Bedeutung hat.

Der Mandatskatalog von Europol umfasst inzwischen fast die gesamte Palette der organisierten Kriminalität mit internationalem Bezug. Welche Deliktsbereiche machen Ihnen am meisten Sorgen?

Storbeck: Terrorismus wird weiterhin eine Bedrohung bleiben. Davon gehen wir aus. Die Drogenkriminalität macht uns weiterhin sehr viel Sorgen, insbesondere der Handel mit Heroin. In Afghanistan hat sich die Opium-Produktion verdoppelt oder verdreifacht. Bei den synthetischen Drogen sind die Hauptproduzenten für den Weltmarkt in der Europäischen Union. 80 Prozent der Ecstasy-Tabletten für den Weltmarkt werden in der Europäischen Union hergestellt. Bei Amphetamin kommen auch die Beitrittsstaaten ins Spiel, beispielsweise Polen. Kokain bleibt auf einem hohen Level.

Menschenhandel und Schleuserkriminalität sind besonders menschenverachtend und fordern besonders viele Opfer. Diese Deliktsformen bringen auch das soziale Gefüge in unseren Staaten durcheinander. Für uns eine spezielle Herausforderung, die wir sehr ernst nehmen, ist die Bekämpfung der Fälschung des Euros.

Der Euro als gemeinsame europäische Währung und zweite Weltwährung muss vernünftig geschützt werden. Als Weltwährung hat der Euro auch für professionelle Fälscher weltweit eine sehr große Attraktivität. Das macht uns Sorgen, ohne dass hier beunruhigende Zahlen erreicht wurden. Im Bereich der virtuellen Welt scheinen sich neue Verbrechenformen zu verstärken wie die Kinderpornografie. Vor acht Jahren war es ein regionales Problem, jetzt ist es ein globales Problem mit einer zunehmenden Brutalisierung. Es sind neue Kriminalitätsformen entstanden wie der Internetbetrug und Angriffe auf Kommunikationssysteme. Das macht uns Sorgen, weil wir da nicht sehr gut gewappnet sind – noch nicht.

Die EU ist ein gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, aber auch ein Raum der Kriminalität. Was wird sich durch die EU-Erweiterung ändern?

Storbeck: Durch den ersten Schritt der Erweiterung wird sich nicht so viel ändern, wie manche es befürchten. Die Beitrittsstaaten sind in gewisser Weise schon integriert in den gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, aber leider auch in die Möglichkeiten der kriminellen Wirtschaft. Der Beitritt Sloweniens wird keinen großen Unterschied haben für die Sicherheitslage in Österreich; auch nicht der Beitritt Ungarns. Im Bereich des Terrorismus wird es keine zusätzliche Bedrohung geben. Beim Menschenhandel sind die Beitrittsländer Transitstaaten, die Menschen kommen beispielsweise aus der Ukraine, nicht mehr aus Ungarn, der Slowakei oder der Tschechischen Republik. Bei der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität müssen wir auch dafür sorgen, dass die neuen Staaten gestärkt werden, vor allem bei der Kontrolle an den neuen Außengrenzen. In einigen Beitrittsländern werden Euro-Fälschungen produziert und auch verbreitet. Was allenfalls Besorgnis erregen könnte, ist die Tatsache, dass sich kriminelle Organisationen aus den Beitrittsländern in der Union weiterentwickeln. Die osteuropäische Kriminalität hat sich schon Außenposten in den Beitrittsländern geschaffen, sie kann stärker und einfacher in die EU einsickern. Allerdings gilt das umgekehrt auch, wie wir wissen.

Verbindungsbeamte aus den Beitrittsstaaten sind bereits bei Europol tätig, wo liegen noch die Defizite in der Zusammenarbeit?

Storbeck: Wir haben zunächst einmal noch nicht das Bewusstsein auf beiden Seiten, wie wir die neuen Instrumente der Zusammenarbeit wie z. B. unsere Informationssysteme oder die Verbindungsbeamten nutzen können. Vorhanden sind die rechtlichen Möglichkeiten, die Technik und die Verbindungsbeamten. Dass man allein diese Mittel zur Verfügung hat, reicht aber nicht aus. Wir brauchen sehr viel Training. Wir müssen die Beitrittsstaaten damit vertraut machen, wie man Europol nutzt. Wir haben mit einigen Staaten wie Ungarn eine ausgezeichnete Zusammenarbeit, etwa gemeinsame Ermittlungen. Ungarn ist durch die sehr gute Vorbereitung seit längerem schon sehr stark in Ermittlungen bei Europol eingebunden. Dasselbe gilt für Slowenien und jetzt auch für die Slowakei, die Tschechische Republik und Polen.

Wir haben Schwachpunkte, etwa im Sprachbereich. Wir bekommen acht, neun, vielleicht zehn neue Sprachen. Die Verkehrssprache Englisch wird in den Beitrittsstaaten gerade in der Führung häufig nicht gesprochen, auch Deutsch wird in der Führung selten gesprochen. Das heißt, in dem Bereich, in dem die Entscheidungen getroffen werden, ist die Kommunikation schwieriger. Wir haben bei Europol moderne Methoden der Verbrechensbekämpfung und des internen Managements entwickelt, die müssen vermittelt werden.

Was waren die größten Erfolge von Europol?

Storbeck: Das kann man schlecht werten. Wir haben in jedem Bereich Erfolge. Bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität haben wir bei der Identifizierung und Aufdeckung von mehr als zwanzig synthetischen Drogenlaboratorien in den letzten zwei Jahren mitgewirkt. Aufgrund unserer Analysearbeit sind in Zusammenhang mit Kinderpornografie in mehreren Schüben bis zu 300 Verdächtige festgenommen und mehrere Netze zerschlagen worden. Bei der Operation "Sonnenblume" haben wir europaweit 80 führende Mitglieder von Menschenhandelsorganisationen festnehmen können – unter ihnen Hoteliers, Banker, Anwälte und Transporteure. Im Bereich der Terrorismusbekämpfung helfen wir bei der Beweisbeschaffung. Im Bereich Falschgeldkriminalität hat unsere Arbeit zu einer Vielzahl von Festnahmen beigetragen; unter anderem sind vor kurzem zwei Organisationen

außerhalb der Europäischen Union zerschlagen worden. Vor zwei Jahren konnte einer der größten Geldwäscher für die russische Mafia festgenommen werden. Unglücklicherweise ist er inzwischen wieder freigelassen worden, aber sein Imperium ist zerstört worden.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den anderen EU-Einrichtungen wie OLAF, Eurojust, CEPOL oder die Task Force der Polizeichefs?

Storbeck: Den Umständen nach gut. Wir haben eine sehr gute, aber noch sehr stark technisch ausgerichtete und strategische Zusammenarbeit mit Eurojust. Dadurch, dass wir als Organisation älter sind, können wir Eurojust sehr viel Unterstützung angedeihen lassen. Wir konnten manchmal Technologie zur Verfügung stellen. Inzwischen gibt es ein sehr gutes partnerschaftliches Zusammenwirken, derzeit sind zwei meiner Beamten bei Eurojust, um gemeinsam ein Ermittlungsverfahren in den Mitgliedstaaten vorzubereiten. Mit OLAF haben wir relativ wenige Berührungspunkte. OLAF konzentriert sich sehr stark auf den Betrug zum Nachteil der Europäischen Union und auf Korruptionssachen, das haben wir bis jetzt eigentlich nicht bearbeitet. Wir arbeiten allerdings im Bereich Technik und Strategie ordentlich zusammen. Bei CEPOL unterstützen wir sehr stark die Ausbildungsprogramme auch in der Konzeption; unsere Experten sind dort auch Ausbilder. Ein Großteil des Programms der Treffen der Police Chiefs Task Force ist von uns gestaltet. Die Arbeitsgruppe trifft aufgrund unserer Vorarbeit die Entscheidung und die Implementierung; die Umsetzung der Entscheidung erfolgt partnerschaftlich. Wir sind praktisch bei allen Projekten als Unterstützer mit eingebunden. Ein Schwachpunkt in der Zusammenarbeit ist die mit der EU-Police-Mission auf dem Balkan. Aber daran wird gearbeitet.

Soll oder kann die operative Tätigkeit von Europol über die Joint-Investigation-Teams hinaus ausgeweitet werden?

Storbeck: Die Joint-Investigation-Teams sind dafür geschaffen, internationale Ermittlungen zu ermöglichen. Wir haben mit der Task Force begonnen. Allerdings hat die Terrorismus-Arbeitsgruppe kein eigenes Ermittlungsverfahren gehabt, sondern allgemein eine Vielzahl von einzelnen Ermittlungen mit ihrer Expertise unterstützt. Wir haben gegenwärtig zwei Ermittlungsteams im Aufbau. Beide sollen mit voller Beteiligung von Europol laufen, entweder stellen wir für sie bei Europol die gesamte Logistik zur Verfügung, so dass sie von Den Haag aus arbeiten, oder wir entsenden ein, zwei Analytiker und einen weiteren Experten für die gemeinsamen Ermittlungen. Eine Task Force kann etwa in Wien oder Budapest eingerichtet werden, wenn gegen eine kriminelle Gruppierung im Donauraum ermittelt werden soll. Da würden wir unsere Leute hinschicken. Das ist in Vorbereitung. Bei der Euro-Falschgeldbekämpfung wird Europol eine noch stärkere Rolle spielen, möglicherweise sogar mit eigenen Ermittlungen.

Wenn Sie eine persönliche Bilanz ziehen würden: Was ist Ihnen gelungen, was hätten Sie anders gemacht?

Storbeck: Wir haben einerseits geschafft, dass aus kleinen Anfängen trotz aller Unterschiede in der Strafverfolgungsmentalität, in der Sprache und bei den Rechtsnormen eine Behörde entstanden ist, die jetzt anerkannt wird als der zentrale Information-Broker für kriminalbezogene Angelegenheiten. Wir sind eine Zentralstelle für die Unterstützung bei Ermittlungen geworden. Wir haben interkulturelle Probleme aufgehoben und die Arbeitsmethoden vereinheitlicht. Nicht gelungen ist es, zu einer einzigen Arbeitssprache zu kommen; das Informationssystem von Europol läuft immer noch nicht und die Entscheidungsprozesse innerhalb von Europol und den Mitgliedstaaten sind zu langsam,

gerade im Bereich der großen Strategien. Die Kontrollinstrumente sind zu kompliziert und kosten zu viel. Das ist aber Sache der Mitgliedstaaten, das kann ich immer nur anmahnen. Wir haben gute Partnerschaften zu Drittstaaten und internationalen Organisationen. Das funktioniert.

Wir haben innerhalb der Behörde ein modernes Management geschaffen, vom Beginn des Projekts bis zum Ende. Im Vergleich mit anderen internationalen Organisationen glauben wir, dass wir "The Best of the Class" sind; und dass wir in vielen Bereichen wie etwa Controlling mit vielen nationalen Polizeiorganisationen in den Wettbewerb treten können und nicht schlecht abschneiden würden. Alles in allem ist das eine befriedigende bis voll befriedigende Bilanz – keine exzellente Bilanz, da gab es zu viele Schwierigkeiten, die auch noch immer weiterbestehen.

Interview: Werner Sabitzer